

# Rettet den Kapitalismus!

Für alle, nicht für 1 %

Bearbeitet von  
Robert B. Reich, Bernhard Schmid

1. Auflage 2016. Buch. 320 S. Hardcover  
ISBN 978 3 593 50608 1  
Format (B x L): 13,5 x 21,5 cm

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft  
Allgemein > Sachbuch, Politikerveröffentlichungen und -biographien](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Leseprobe

## Vorwort zur deutschen Ausgabe

Stagnierende oder gar sinkende Löhne für die Masse gepaart mit schwindender Arbeitsplatzsicherheit und zunehmender Ungleichheit; Aktiengesellschaften, Bankenriesen und Milliardäre kontrollieren einen wachsenden Anteil von Wirtschaft und Staat; eine vehemente Feindseligkeit gegenüber Fremden und Zuwanderern findet ihren Ausdruck in populistischem Zorn.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Für die Amerikaner jedenfalls wird das zunehmend zur politisch-ökonomischen Normalität. Steht diese neue Normalität unausweichlich auch den Deutschen ins Haus? Sicher, seit Ende der 1990er-Jahre sind die Einkommen fast aller Deutschen gestiegen. Man sollte dabei jedoch nicht übersehen, dass die Einkommen ganz oben in weit höherem Maße gestiegen sind. Und dass sich längst viele Deutsche Kräfte ausgeliefert fühlen, auf die sie keinen Einfluss zu haben meinen - was dieselbe Art von populistisch-nationalistischem Gären zur Folge hat, wie wir es hier in den Vereinigten Staaten sehen.

Die gängigen Erklärungen für den wirtschaftlichen Druck, dem Beschäftigte in den Vereinigten Staaten während der letzten Jahrzehnte ausgesetzt waren (und immer noch sind), konzentrierten sich auf die Globalisierung und den Verlust von Arbeitsplätzen durch Technologie. Nur: So ganz alleine vermag die Tatsache, dass schlechter bezahlte Beschäftigte in Entwicklungsländern oder computergesteuerte Maschinen heute Arbeit billiger verrichten, die umrissene Entwicklung nicht zu erklären.

Vor allem übersehen diese Erklärungen die zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen von Konzerneliten und Hochfinanz, die neben den Superreichen einen überproportionalen Einfluss auf das Regelwerk gewonnen haben, nach dem unsere Wirtschaft spielt.

Die anhaltende Debatte zwischen der politischen Rechten und Linken um die Verdienste des sogenannten "freien Marktes" lenkt von der Tatsache ab, dass der Markt in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland heute anders organisiert ist als noch vor 30 Jahren und dass seine gegenwärtige Organisation nicht - wie damals - zu breit angelegtem Wohlstand und existenzieller Sicherheit zu führen vermag.

Der wesentliche Grund für diese Entwicklung ist die besagte Konzentration politischer Macht und ihr Einfluss auf die Spielregeln. Allein sie hat dafür gesorgt, dass die Vergütungspakete für die Chefetagen der Konzernriesen derart fantastische Höhen erreicht haben - während sich die Löhne und Berufsaussichten von College-absolventen in letzter Zeit verschlechtert haben und die Arbeitsplätze der Mittelschicht sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten weniger sicher sind als noch vor 30 Jahren.

So haben, um nur ein Beispiel vorwegzunehmen, die Eliten von Konzernwelt und Hochfinanz sowohl für eine Ausweitung als auch für eine Verlängerung der Rechte an geistigem Eigentum - Patenten, Schutzmarken und Copyrights - und dadurch für höhere Profite bei Pharma-, Hightech-, Biotech- und Entertainmentkonzernen gesorgt. Diese Profite gehen in Form höherer Preise zulasten der Durchschnittsverbraucher, was einer teilweisen Umverteilung ihres Einkommens nach oben - an Top-Executives und Großaktionäre - gleichkommt.

Viele große Aktiengesellschaften haben darüber hinaus genügend Marktmacht erlangt, um die Preise höher zu treiben, als sie unter normalen Wettbewerbsbedingungen sein müssten. In den Vereinigten Staaten gehören zu diesen Konzernen Lebensmittelriesen, Fluglinien, Internet-Serviceprovider, Krankenkassen und Hightech-Unternehmen - die Eigentümer der Software-Plattformen, die heute de facto zu Industriestandards geworden sind (Amazon, Facebook und Google). Getrieben durch die besagte Umverteilung vom durchschnittlichen Verbraucher hin zu Top-Executives und Großaktionären, schlägt eine solche Marktmacht in Form von höheren Profiten zu Buche.

Über die gesetzliche Regelung des geistigen Eigentums hinaus hat diese Macht auch für eine Änderung des Insolvenzrechts zugunsten von Großkonzernen und Finanzinstituten gesorgt. So können in den Vereinigten Staaten die Reichen als Privatpersonen Insolvenz anmelden, um ihr Vermögen vor missglückten Investments zu schützen, und Konzerne können sich der Insolvenz bedienen, um lästige Verpflichtungen aus Tarifverträgen außer Kraft zu setzen. Ehemaligen Studenten hingegen, die mit der Tilgung ihres Studienkredits Probleme bekommen, oder Besitzern eines Eigenheims, die im Sog einer schlimmen Rezession ihre Hypothek nicht mehr zahlen können, ist es nicht erlaubt, ihre Schulden durch eine Insolvenz zu sanieren. Auch hier ist die Folge eine versteckte Umverteilung nach oben.

Parallel dazu verhinderte das politische Wirken von Großkonzernen und Finanzinstituten sowohl in den USA als auch in Deutschland das Steigen der Löhne im Verhältnis zu den Produktivitätszugewinnen. Handelsabkommen leisten dem Outsourcing von Arbeit ins Ausland Vorschub, sorgen aber sehr wohl für einen besseren Schutz des geistigen Eigentums und auch der Finanzanlagen im betreffenden Land. Die Budgets von Staaten wie Deutschland und den USA konzentrieren sich auf den Abbau des Haushaltsdefizits anstatt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, wodurch sie die Verhandlungsmacht des Durchschnittsarbeiters weiter unterminieren. Zunehmend grobmaschige Sicherheitsnetze und ein verminderter Arbeitsschutz haben in beiden Ländern die Arbeitsplatzunsicherheit des durchschnittlichen Arbeiters weiter erhöht - und damit seine Bereitschaft, geringere Löhne zu akzeptieren.

Darüber hinaus spiegelt sich die Macht von Konzernen und Großfinanz in der schwindenden Macht der Gewerkschaften. Vor 50 Jahren, als General Motors Amerikas größter Arbeitgeber war, verdiente der typische Arbeiter bei GM - nach heutigem Geldwert - \$35 die Stunde. Vor zwei Jahren, 2014, war Amerikas größter Arbeitgeber Walmart und der typische Beschäftigte dort

brachte \$29 die Stunde nach Hause. Das liegt größtenteils daran, dass die Arbeiter bei GM vor einem halben Jahrhundert eine starke Gewerkschaft im Rücken hatten - während Walmarts Beschäftigte überhaupt nicht organisiert sind. Walmart hat sich bislang allen entsprechenden Versuchen seiner Beschäftigten erfolgreich widersetzt. Dieses Muster lässt sich allenthalben in der amerikanischen Wirtschaft feststellen: In den 1950er-Jahren gehörte ein Drittel aller Beschäftigten in Amerikas privatem Sektor einer Gewerkschaft an - heute sind es weniger als 7 Prozent.

Es dürfte angesichts dessen nicht weiter überraschen, dass die Konzernprofite als Teil der amerikanischen Gesamtwirtschaft angezogen haben, während der Anteil der Löhne gesunken ist. In den USA wie in Deutschland sind dabei alle diejenigen, deren Einkommen direkt oder indirekt von Profiten abhängen - Konzernchefs, Finanzmakler und Aktionäre - ausgesprochen gut gefahren. Was man von den Leuten, die in erster Linie von Löhnen abhängig sind, nicht sagen kann.

Sicher, Deutschland hat noch ein Stück zu gehen bis zum oligarchischen Kapitalismus amerikanischer Prägung, aber lassen Sie sich nicht täuschen: Deutschland folgt Amerikas zweifelhaftem Vorbild. Es gibt keine Märkte ohne Regeln. Und wenn Konzernriesen, Großbanken und Superreiche überproportionalen Einfluss auf diese Regeln haben, wird der Markt sie nach und nach begünstigen - was zu ihrem Reichtum beiträgt und damit wiederum ihren Einfluss erhöht. Wenn man sich um diese Entwicklung nicht kümmert, ihr nicht Einhalt gebietet, kann dieser Teufelskreis sich nur noch beschleunigen.

Ich kann den Deutschen nur raten, sich in Acht zu nehmen. Die gegenwärtige Entwicklung ist nicht nachhaltig, weder ökonomisch noch politisch. Keine Wirtschaft der Welt kann ohne die Kaufkraft einer starken, wachsenden Mittelschicht die nötige Fahrt beibehalten - es ist dies einer der Gründe dafür, dass die US-Wirtschaft sechs Jahre nach einem ökonomischen Aufschwung kaum wieder dort ist, wo sie vor der Talfahrt in die Große Rezession war. Und es ist einer der Gründe, weshalb Zorn und Frustration eines großen Teils der amerikanischen Wählerschaft - die trotz harter Arbeit seit Jahren eher weniger verdient - eine nationalistische Revolte gegen das gegenwärtige Establishment und bequeme Sündenböcke wie Einwanderer nähren. Politische Ökonomien, die den größten Teil ihrer Gewinne einer kleinen Gruppe an der Spitze zuteilen, sind ihrem Wesen nach instabil.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob Deutschland und die Vereinigten Staaten sich auf einen Kapitalismus zubewegen, der vielen nützt anstatt nur einigen wenigen. Beide Nationen haben da keine Wahl. Die eigentliche Frage ist, ob dieser Richtungswechsel durch demokratische Reformen zustande kommt oder durch ein autoritäres Mandat. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich beide Nationen in den kommenden Jahren vor diese Wahl gestellt sehen.

Robert B. Reich, Berkeley,

Kalifornien, Februar 2016

## Einleitung

Erinnern Sie sich noch an die Zeiten, in denen das Einkommen eines Lehrers - Bäckers, Verkäufers, Mechanikers - für eine ganze Familie, ein eigenes Heim und zwei Autos gereicht hat? Ich erinnere mich noch sehr gut. In den 1950er-Jahren verkaufte mein Vater Ed Reich in seinem eigenen Geschäft Damenbekleidung für die Frauen der Arbeiter aus den Fabriken in der Nähe. Sein Laden lag an der Hauptstraße der benachbarten Stadt und warf genug für ein komfortables Leben für ihn und die Seinen ab. Wir waren nicht reich, aber arm kamen wir uns ganz sicher nicht vor. Und unser Lebensstandard stieg während der 1950er- und 1960er-Jahre kontinuierlich an.

Das war einmal die Norm. In den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg brachte Amerika die größte Mittelschicht der Weltgeschichte hervor. Während dieses Zeitraums verdoppelte sich das Einkommen des typischen Beschäftigten - ebenso wie das Wachstum der Volkswirtschaft. Während der letzten 30 Jahre dagegen hat die Volkswirtschaft sich zwar abermals verdoppelt, das Einkommen des typischen Amerikaners jedoch trat auf der Stelle.

Damals verdienten die CEOs großer Konzerne etwa 20-mal so viel wie der typische Arbeiter; heute bekommen sie erheblich mehr als das 200-Fache.

Zu der Zeit trug das eine Prozent der reichsten Amerikaner 9 bis 10 Prozent des Gesamteinkommens nach Hause; heute beträgt der Anteil dieses obersten Prozents am Gesamteinkommen mehr als 20 Prozent.

Mit dem wichtigsten Wirtschaftsprodukt war damals die Hoffnung: Fleiß zahlte sich aus, Bildung war das Ticket zum sozialen Aufstieg; wer den größten Beitrag leistete, fuhr die reichste Ernte ein; wirtschaftliches Wachstum schuf mehr und bessere Arbeitsplätze; der Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung stieg im Verlauf eines Arbeitslebens; unsere Kinder sahen einem noch besseren Leben entgegen, als wir es hatten, und die Spielregeln waren alles in allem fair.

Alle diese Annahmen klingen heute hohl. Das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem ist drastisch gesunken. Die offensichtliche Willkür und Unfairness der Wirtschaft haben den Glauben der Bevölkerung an deren Grundprinzipien untergraben. Allenthalben herrscht Zynismus. Vielen erscheinen Wirtschaft und Politik manipuliert zu sein - ein aufgelegter Schwindel zugunsten derer ganz oben.

Die Bedrohungen für den Kapitalismus heißen heute nicht mehr Kommunismus oder Faschismus,

sie kommen vielmehr aus der schleichenden Unterminierung des Vertrauens, ohne das es in modernen Gesellschaften weder Wachstum gibt noch Stabilität. Wenn ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr an eine faire Chance für sich und seine Kinder glauben kann, beginnt sich der stillschweigende Gesellschaftsvertrag aufzulösen, ohne den in Gesellschaften eine freiwillige Zusammenarbeit nicht möglich ist. An ihre Stelle tritt die Subversion, im Kleinen wie im Großen, vom Bagatelldiebstahl über Mogeleyen, Betrug und illegale Provisionen bis hin zur Korruption.

Wir haben jedoch die Macht, das alles zu ändern und eine neue Wirtschaft zu schaffen, die den vielen und nicht nur einigen wenigen dient. Karl Marx' Behauptung zum Trotz führt nichts im Kapitalismus zwangsläufig zu erhöhter wirtschaftlicher Unsicherheit und zunehmender Ungleichheit. Die Grundregeln des Kapitalismus sind nicht in Stein gemeißelt. Sie sind von Menschen geschrieben und werden von Menschen umgesetzt. Aber um zu entscheiden, was zu ändern ist, und das dann auch tatsächlich umzusetzen, müssen wir erst einmal verstehen, was da eigentlich passiert ist und warum.

Seit einem Vierteljahrhundert erkläre ich in Büchern und Vorlesungen, warum die arbeitende Durchschnittsbevölkerung moderner Nationen wie den Vereinigten Staaten nicht an Boden gewinnen hat können und wirtschaftlich zunehmend unter Druck gerät. Einfach gesagt haben durch Globalisierung und technologischen Fortschritt die meisten von uns an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Weniger gut bezahlte Arbeitskräfte im Ausland und computergesteuerte Maschinen erledigen viele unserer früheren Aufgaben heute billiger als wir.

Meine Lösung - und ich stehe mit meinem Vorschlag beileibe nicht allein - ist ein aktivistischer Staat, der die Reichen besteuert und die daraus resultierenden Einnahmen in ausgezeichnete Schulen investiert (und in das, was die Bevölkerung sonst noch zum Vorankommen braucht); außerdem sorgt er für eine Umverteilung an die Bedürftigen. Diese Empfehlungen sind auf vehemente Opposition derer gestoßen, die die Ansicht vertreten, dass Wirtschaft und Bevölkerung mit einem schlanken Staat, Steuersenkungen und minimaler Umverteilung besser dran sind.

So zutreffend meine Erklärung der genannten Entwicklung nach wie vor ist: Mittlerweile bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass ich ein Phänomen von kritischer Bedeutung übersehen habe - die zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen einer wirtschaftlichen und finanziellen Elite, der es gelungen ist, Einfluss auf die Regeln zu nehmen, nach denen die Wirtschaft "spielt". Darüber hinaus gehen die von mir vorgelegten vom Staat ausgehenden Lösungen, so nützlich sie auch sind, in mancherlei Hinsicht an der Sache vorbei, da sie seiner grundlegenden Rolle bei der Festsetzung der marktwirtschaftlichen Spielregeln nicht genügend Rechnung tragen. Schlimmer noch haben wir bei der Debatte zwischen Verfechtern des "freien Marktes" und den Befürwortern des aktivistischen Staats gleich mehrere kritische Themen aus den Augen verloren: Wie kam es, dass der Markt heute anders organisiert ist als vor einem halben Jahrhundert; warum vermag seine gegenwärtige Organisation im Gegensatz zur früheren nicht länger weithin für Wohlstand zu sorgen; und wie sollen die grundlegenden Regeln des Marktes

denn eigentlich aussehen?

Ich bin zu der Ansicht gekommen, dass wir diese Themen nicht ganz zufällig aus den Augen verloren haben. Einige der besonders vernehmbaren Verfechter des "freien Marktes" - darunter die Chefetagen von Konzernriesen und ihre allgegenwärtigen Anwälte und Lobbyisten, Wall-Street-Volk und dessen politische Lakaien sowie zahlreiche Multimillionäre und Milliardäre - sind seit Jahren dabei, den Markt zu ihrem Vorteil zu reorganisieren. Mit der Diskussion um den "freien Markt" lenken sie von den oben genannten Themen geflissentlich ab.

Im vorliegenden Buch will ich diese Themen in den Mittelpunkt stellen. Meine Argumentation ist so direkt wie unkompliziert. Wie ich im ersten Teil herausarbeiten werde, brauchen Märkte um der Selbsterhaltung willen Spielregeln zur Regulierung von Eigentum (was kann besessen werden), Monopolen (wie viel Marktmacht ist zulässig), Verträgen (was kann ausgetauscht werden und zu welchen Konditionen), Insolvenz (was passiert bei Zahlungsunfähigkeit des Käufers) und dazu, wie man all das durchsetzen soll.

Solche Regeln sind nicht naturgegeben. Wir müssen, auf die eine oder andere Weise, über sie entscheiden. Unter dem wachsenden Einfluss von Großkonzernen, Wall Street und Superreichen auf die für sie verantwortlichen politischen Institutionen haben diese Regeln im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine Veränderung zugunsten ebendieser Privilegierten erfahren.

Im selben Zeitraum verkümmerten die Hochburgen der von John Kenneth Galbraith als "Countervailing Power" bezeichneten gegengewichtigen Marktmacht, die es von den 1930er- bis Ende der 1970er-Jahre Amerikas Mittel- und unterer Mittelschicht ermöglichte, ihren Einfluss geltend zu machen: Gewerkschaften, Geschäftsleute, mittelständische Unternehmer, Kleinanleger und politische Parteien auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene. Folge davon ist ein von den Reichen zum Zweck ihrer weiteren Bereicherung reorganisierter Markt. Dieser wiederum hat zu einer zunehmenden Vorabverteilung innerhalb des Marktes - von der Mittelschicht und den Armen hin zu einer Minderheit an der Spitze - geführt. Da diese Vorabverteilung im Markt selbst stattfindet, ist sie größtenteils unbemerkt geblieben.

Im zweiten Teil zeige ich auf, wie sich diese Entwicklung auf die daraus resultierende Verteilung von Einkommen und Wohlstand in der Gesellschaft auswirkt. Die auf dem Konzept der Leistungsgesellschaft fußende Behauptung, wir würden nach unserem Marktwert bezahlt, ist eine Tautologie, bei der sich die Frage nach der Organisation des Marktes aufdrängt und ob diese moralisch und ökonomisch vertretbar ist. In Wirklichkeit hängen Einkommen und Wohlstand zunehmend davon ab, wer die Macht über die Spielregeln hat.

Wie ich aufzeigen werde, bestimmen die CEOs von Großkonzernen ebenso wie Top-Trader und Portfolio-Manager der Wall Street effektiv ihr eigenes Einkommen, sorgen für auf Profitmaximierung abgestimmte Marktregeln und werden dank Insiderinformationen steinreich.

Unterdessen tritt das Einkommen des durchschnittlichen Arbeiters auf der Stelle, weil er sowohl seine wirtschaftspolitische Gegenmacht als auch seinen politischen Einfluss verloren hat. Die gleichzeitig steigende Anzahl von Erwerbssarmen und müßigen Reichen liefert weitere Belege dafür, dass Fleiß und Einkommen längst nicht mehr korrelieren. Die ungleiche Vorabverteilung des Einkommens innerhalb des Marktes hin zur Spitze hat Rufe nach einer stärkeren Umverteilung nach unten außerhalb des Marktes - durch Steuern und Transferzahlungen an die Armen und die untere Mittelschicht - laut werden lassen. Aber solche Forderungen befeuern nur noch mehr die hitzige Debatte, in welchem Maße der Markt durch den Staat beeinflusst werden soll.

Wie ich im dritten Teil ausführe, besteht die Lösung nicht darin, für mehr oder weniger Staat zu sorgen. Das eigentliche Problem ist nicht der Einflussbereich des Staats, sondern die Frage, für wen der Staat da ist. Für Abhilfe muss die große Mehrheit selbst sorgen, indem sie sich den Einfluss auf die Organisation des Marktes zurückholt. Es geht im Grunde um eine Wiedererstarkung der Gegenmacht, eben jener Countervailing Power, in der sich die ökonomischen Interessen einer Mehrheit verbünden, die von den Gewinnen der Wirtschaft nichts zu sehen bekommt. Indem die gegenwärtige Rechts-links-Debatte den "freien Markt" gegen den Staat bzw. dessen "Einmischung" ins Feld führt, steht sie einem solchen Bündnis widersinnigerwie unnötigerweise im Weg.

Ich werde zeigen, dass Amerikas größte politische Kluft in den kommenden Jahren nicht die zwischen Republikanern und Demokraten sein wird. Vielmehr wird der Komplex aus Großkonzernen, Wall-Street-Banken und Superreichen, der Wirtschaft und Politik seinen Interessen gemäß manipuliert, der großen Mehrheit gegenüberstehen, die sich als Folge dieser Entwicklung in der Bredouille sieht. Mein Schluss daraus: Umkehren lässt sich die gegenwärtige Entwicklung nur durch Schulterschluss und Organisation der großen Mehrheit, die im Augenblick keinen Einfluss auf die Spielregeln hat - nur so lässt sich für die Wiederbelebung der wirtschaftspolitischen Gegenkraft sorgen, die vor 50 Jahren der Schlüssel zur allgemeinen Prosperität war.

So sehr sich das vorliegende Buch auf die Vereinigten Staaten als Zentrum des globalen Kapitalismus konzentriert: Die hier beschriebenen Phänomene ähneln sich zunehmend in allen ihren Erscheinungsformen rund um die Welt, und ich denke, dass die amerikanischen Lektionen auch für andere Länder relevant sind. Obwohl weltweit agierende Unternehmen sich an die jeweiligen Regeln der Länder zu halten haben, in denen sie Geschäfte machen, nehmen Weltkonzerne und Finanzinstitute zunehmend Einfluss auf die Beschaffenheit dieser Regeln, ganz egal, wer sie wo formuliert hat. Da-rüber hinaus sorgen die wachsende Unsicherheit und die auflaufende Frustration derjenigen, die sich machtlos fühlen - angesichts von Ökonomien (und Marktregeln), die ihnen nichts bringen -, selbst in hoch entwickelten Ländern für virulente nationalistische Bewegungen, nicht selten mit rassistischem und zuwanderungsfeindlichem Unterton.

Ich glaube, wenn wir über die Mythen hinaus einen Blick auf unsere Realität werfen, können wir dafür sorgen, dass der Kapitalismus der Mehrheit anstatt nur relativ wenigen dient. Die Geschichte bietet sowohl Hinweise auf das Wie als auch einen gewissen Trost, insbesondere in den USA, wo man die Regeln der politischen Ökonomie mehrmals angepasst hat, um eine integrative Gesellschaft zu schaffen, die der politischen Macht wohlhabender Minoritäten an der Spitze Grenzen setzte.

In den 1830er-Jahren nahmen die Anhänger Andrew Jacksons die Privilegien von Eliten aufs Korn, damit die Marktordnung auch dem Normalbürger dienen konnte. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sorgten Progressive für ein Kartellrecht zur Zerschlagung der gigantischen Trusts. Sie schufen unabhängige Ausschüsse zur Regulierung von Monopolen und verboten Parteispenden von Unternehmen. In den 1930er-Jahren beschränkte der New Deal die politische Macht von Konzernriesen und Wall Street, während er die Gegenkraft von Gewerkschaften, mittelständischen Unternehmern und Kleininvestoren stärkte.

Die Herausforderung, vor der wir uns sehen, ist nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Art. Die beiden Sphären sind nicht voneinander zu trennen. Im Gegenteil, der etwas angestaubte Begriff "politische Ökonomie" für das Gebiet, auf das ich hier zurückgreife, kommt nicht von ungefähr - beschäftigt es sich doch mit dem Verhältnis der Gesetze und politischen Einrichtungen einer Gesellschaft zu einem Gefüge moralischer Ideale, deren zentrales Thema eine gerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg bewegte sich unter dem starken Einfluss von John Maynard Keynes' Denken das Augenmerk weg von diesen Belangen hin zu Steuern und Transferzahlungen als Mittel zur Stabilisierung des Wirtschaftskreislaufs und zur Unterstützung der Armen. Und diese Formel funktionierte jahrzehntelang. Das schnelle Wirtschaftswachstum schuf allgemeine Prosperität und diese wiederum eine starke Mittelschicht. Die Countervailing Power erfüllte ihren Zweck. Wir mussten uns ebenso wenig um die politische Ökonomie kümmern, wie wir uns Sorgen um die exzessive ökonomische und politische Macht auf höchster Ebene zu machen brauchten. Heute müssen wir das sehr wohl.

In gewissem Sinne ist das vorliegende Buch ein Rückgriff auf eine frühere Tradition der Forschung und langlebigere Belange. In ebendieser Tradition gründet sich der Optimismus des Buchs. Wir haben den Kapitalismus immer wieder vor seinen Exzessen bewahrt. Ich bin zuversichtlich, dass uns das auch diesmal gelingt.